

## **Tiroler Seilbahnstrategie**

Sehr geehrte Damen und Herrn RedakteurInnen,

die Vorgangsweise des Zillertaler Seilbahnunternehmers Heinz Schultz, ohne behördliche Genehmigung eine neue Skipiste errichten zu lassen, ist an Arroganz und Unverfrorenheit kaum zu übertreffen. (<https://www.tt.com/politik/landespolitik/16249425/hochzillertal-benuetzung-von-skipiste-durch-behoerde-untersagt>)

Und doch ist sie nachvollziehbar, war dies doch über Jahre der "Tiroler Weg" in Sachen Skigebietserschließungen und -erweiterungen. Man schaffte vollendete Tatsachen und suchte dann nachträglich um Genehmigung an, die in aller Regel auch erteilt wurde. Im Pitztal wurde diese Strategie erfolgreich angewandt, als man 2006 ohne Genehmigung einen sogenannten Notweg errichtete und im Vorjahr illegal einen Gipfelgrat absprengte, um Platz für eine Wegverbreiterung zu schaffen. Auch der Söldener Bürgermeister, Ernst Schöpf, gab sich kürzlich im ORF-Interview (ZIB 2) siegessicher, als er sich erbot, die Landesregierung an ein vor Jahren offenbar gegebenes Versprechen zum Gletscherzusammenschluss "zu erinnern". Empfindsame Gemüter könnten das schon fast als Drohung in Richtung Landhaus auslegen.

Es ist diese abgehobene und bürgerfremde Vorgangsweise, die Tausende von UnterstützerInnen unserer Petition zuführt. Mehr als 130.000 Menschen in weniger als vier Wochen haben so ihrem Unmut über die aktuelle Entwicklung Ausdruck verliehen und es werden laufend mehr. Die Landesregierung, mit Tourismuschef LH Platter an der Spitze, ist gut beraten, die Zeichen der Zeit ernst zu nehmen. Zu lange hat man die Wünsche der Seilbahner und Touristiker ganz selbstverständlich erfüllt: "Die bestellen - wir liefern!" Selbst viele Menschen in den Tälern hegen inzwischen Zweifel, ob sie auf das richtige Pferd gesetzt haben, zu offensichtlich sind das Eigeninteresse und die Maßlosigkeit der Seilbahner. Die Menschen wollen nicht mehr länger hinnehmen, dass "Seilbahnkaiser" über die touristische Entwicklung in unserem Land entscheiden und dabei immer mehr Naturräume in Anspruch nehmen.

Sind jahrelang die Machenschaften unter Ausschluss der Öffentlichkeit abgelaufen, so wird es zunehmend schwieriger, diese zu verschleiern. Neben einem gestiegenen Umweltbewusstsein in weiten Kreisen der Bevölkerung sind es vor allem die neuen Medien, die eine rasche Information und Reaktion ermöglichen. Instagram und Facebook können maßgeblich zur Meinungsbildung beitragen. Das große Medieninteresse hilft, breite Bevölkerungsschichten über zweifelhafte Vorgänge zu informieren. Die Entscheidungsträger spüren den Druck der öffentlichen Meinung und dieser wird wachsen, je näher Wahlen rücken.

Es ist ein Zeichen eines demokratischen Entwicklungsprozesses, wenn dubiose Vorgänge hinterfragt und Entscheidungen angezweifelt werden. In diesem Sinne könnte unsere Petition auch ein Beitrag zu mehr direkter Demokratie sein, die dieses Land so dringend braucht.

Mit freundlichen Grüßen  
Gerd Estermann  
BI-Feldring  
0660 5251126